

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	09.12.2010
	Drucks.-Nr.:	VO/1037/10/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
15.12.2010	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
20.12.2010	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Anfrage des Stv. Schnorr vom 02.12.2010 "Wikileaks- Enthüllungen über Islamismus der türkischen Regierung - staatliche türkische DITIP-Moscheen in Wuppertal"		

Grund der Vorlage

Anfrage des Stv. Schnorr vom 02.12.2010

Beschlussvorschlag

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Die Verwaltung weist mit aller Entschiedenheit die Behauptung des Stadtverordneten Schnorr über die angeblich guten Kontakte des Ausländeramtes (gemeint ist wohl das Ressort Zuwanderung und Integration) zu Schababannur und das angebliche Lob für deren gute Jugend- und Integrationsarbeit zurück. Auch durch Wiederholung wird diese unwahrheitsgemäße Behauptung nicht richtig.

Zu den Fragen des Stadtverordneten macht die Verwaltung folgende Ausführungen: Weder Wikileaks noch die Einschätzung einzelner Diplomaten sind für das Handeln in Wuppertal maßgebend. Alleine das Grundgesetz, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse der Verfassungsorgane und damit auch des Rates der Stadt sind die Basis des kommunalen Verwaltungshandelns.

Bei der Erstellung des Internet Auftritts www.integration-in-wuppertal.de ist dieser Konsens einvernehmlich zwischen allen damaligen Akteuren – Migrationsausschuss der Stadt, Migrationsdienste der Wohlfahrtspflege, Migrantenselbstorganisationen und der Verwaltung dieser Verfassungskonsens bekräftigt worden und daher auch weiterhin Grundlage des Handelns in der Integration in Wuppertal.

Kenntnisse über die Arbeit der Moscheen hat die Stadt, wie bei allen Organisationen, unabhängig davon, ob dies Vereine von Menschen mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte sind, aus unmittelbaren Gesprächen und der jahrelangen Zusammenarbeit.

Aus dieser Zusammenarbeit wissen wir, dass die DITIB Gemeinden selbstredend auf der Basis des Grundgesetzes und der Gesetze der Bundesrepublik agieren und aktive Unterstützer der Integration ihrer Gemeindemitglieder sind und auch darüber hinaus das friedliche Zusammenleben aller Menschen in dieser Stadt fördern.

Soweit Fragen im Sinne der Überwachung von Moscheegemeinden oder islamistischen Tendenzen in den DITIB Gemeinden gestellt werden, stellt die Verwaltung fest, dass es im Rahmen der Gesetze und der Verfassung den dementsprechenden Organen (Polizei und Verfassungsschutz, Innenministerium, Gerichte) obliegt die Recht- und Verfassungsgemäßheit des Handelns von Vereinen und Parteien zu überwachen.

Der Verwaltung sind keine Erkenntnisse dieser Verfassungsorgane bekannt, die auch nur im Ansatz Vermutungen nach „islamistischen Tendenzen“ bei DITIB Gemeinden rechtfertigen würden. Seitens der Verwaltung kann an dieser Stelle nur erneut betont werden, dass alle DITIB Gemeinden in Wuppertal aktiver Partner in der Integration sind. Daher wird die Verwaltung ihre Kontakte zu diesen und anderen Gemeinden im Sinne der Integration und des Zusammenlebens aller Menschen dieser Stadt weiterhin aktiv pflegen.